

Claus Leggewie

Von der Krise des Kapitals zur Krise der Partei

– Zur Entwicklung der KPF seit der
„historischen Niederlage“ vom März 1978

1. Probleme der Linken nach der Niederlage der französischen Linksunion

„Gäbe es in der Bundesrepublik eine artikulationsfähige politische Linke, die Niederlage des Gemeinsamen Programms der französischen Linken dürfte für sie kein Anlaß zur Trauer sein – denn dieses Programm verdiente Mißtrauen, sein Sieg hätte vermutlich rasch zu einer noch größeren Niederlage geführt.“ (Koch 1978:1) – Mag sein. Aber es drängt sich der Verdacht auf, daß diese Aussage nur eine pragmatische Variante jener „Neuen Philosophie“ ist, die aus ihrer intellektuellen Dauerskepsis heraus offensichtlich schon *jede* Veränderbarkeit der bürgerlichen Verhältnisse für unmöglich hält – da doch die alles abtötende „negative Vergesellschaftung“ (vgl. verschiedene Beiträge in den letzten Heften des „Leviathan“) schon so weit gediehen ist, wie es den Anschein hat. In alter Frische präsentiert dagegen E. Gärtner den Ausgang der französischen Wahlen als quasi-normalen Geschäftsvorgang der Linken, wonach in der Konsequenz auch dauernde Niederlagen irgendwann zum Sieg führen; sogar der Fitermann-Erklärung, die den zynischen Ton für die Bewältigung der Wahlniederlage durch die KPF angab und alle Schuld den Sozialisten zuschob, gewinnt er noch „andeutungsweise“ geübte Selbstkritik ab (Gärtner, 1978: 424). Die Bedeutung der Wahlniederlage, die Christine Buci-Glucksmann in einem Interview dagegen zutreffend als „historische Niederlage“ bezeichnet hat (Interview in „links“ Nr. 102), scheint mir in diesen Äußerungen verkannt zu werden; die vorherrschende Position der westdeutschen Linken zu Frankreich in den letzten Jahren war die, daß man sich den konjunkturellen Trends genau anpaßte: Der Sieg der Linksunion und die Qualität ihres „Gemeinsamen Regierungsprogramms“ war eine ausgemachte Sache, solange beide günstige Meinungsumfragen hinter sich hatten, und als sich das änderte, galt auch schon das Gegenteil für besiegelt. Welche Probleme die Wahlniederlage für die Linken aufgeworfen hat, ist bislang nicht recht deutlich geworden.

Die entscheidende Frage lautet doch, welche selbstverschuldeten und welche externen Gründe dafür geltend gemacht werden können, wenn die Linksunion mit einem relativ weitentwickelten antikapitalistischen Reformprogramm (zu dessen Kritik vgl. Rehfeldt 1978; Leithäuser 1976 und 1978; Leggewie 1977) ihr Ziel nicht erreicht und sozusagen „hundert Meter davor“ scheitert – so sehr, daß heute auf der Seite der Linken nur noch ein Scheiterhaufen übrig geblieben und der Phönix, der aus dieser Asche steigen soll, auch noch nicht zu sehen ist. Wenn also am Stichtag für eine bislang beispiellose *unitäre und majoritäre Dynamik*, die die Demoskopie zeitweise bis auf 56 % veranschlagt hat, eine Niederlage herauskommt, dann

kann dies kaum an den so oft ins Feld geführten „Ungerechtigkeiten“ des französischen Wahlsystems liegen; denn im März haben die Kandidaten der Linksunion genauso von den knappen Wahlentscheidungen mit Vorsprüngen von ein paar hundert Stimmen vor dem Gegenkandidaten profitiert wie die Rechte, von der im übrigen wichtige Bestandteile auf die Einführung des Verhältniswahlrechts drängen (vgl. als Wahlanalyse Le Monde 1978 und C. Ysmal 1978 a und b). Was vielmehr zu diskutieren ist, ist die Frage der *Klassengrenzen* einer elektoralen Strategie, d.h. aber der gesamte Rekurs des „Eurokommunismus“ auf das bürgerliche politische System, das nach den bisherigen Erfahrungen eine wirksame „50 %-Klausel“ gegen parlamentarische Linksmehrheiten zu errichten in der Lage ist.

Eine komplementäre Expansionsgrenze bestimmt ja die Entwicklung der KPF, die sich auf dem elektoralen Niveau der Periode des Kalten Krieges reproduziert: seit Jahrzehnten stagniert sie bei 20 % Wähleranteil – ein Faktor, der darauf verweist, daß die Partei bei allen historischen Wandlungen der französischen Gesellschaft und trotz aller inneren Wandlungen ein starres, ungleichzeitiges Verhältnis gegenüber einem fixen Wählerpotential einnimmt, wobei sie übrigens auch nur etwa ein Drittel der Arbeiterstimmen auf sich vereinigen kann (Althusser 1978).

Was also zur Debatte steht, ist der Charakter des Bündnissystems, in das sich die Linksparteien hineinbegeben müssen, wenn sie von der Logik „qualitativer Mehrheiten“ der klassenbewußten Avantgarde zur quantitativen der „antimonopolistischen Bündnisse“ mit dem Volk übergehen, d.h. also: ihre *hegemonialen Strategien* (vgl. Buci-Glucksmann 1975 für die französische Gramsci-Rezeption).

Der zweite Punkt, über den nach dem 19. März zu diskutieren ist, betrifft die *Identität des „Eurokommunismus“* selbst: inwieweit trifft die bereits vor dem 19. März geäußerte Vermutung zu, wonach ein autistischer Reproduktionsreflex die Parteien der Linksunion, besonders aber die KP, zum abrupten Abbruch der unitären Strategie geradezu zwingt und das Moment der „Klarheit vor der Einheit“ – gemeint als sektiererische und spalterische Selbstvergewisserung der eigenen, subkulturell abgeschotteten Identität – wieder an die erste Stelle setzt (dazu auch u.a. R. Debray, 1978)? Auch hier liegen ja die weitreichenden Implikationen auf der Hand: „die“ Partei läßt sich ohne radikalen Wandel ihrer selbst nicht authentisch und konsequent „entstalinisieren“, und möglicherweise ist sie nicht das geeignete Instrumentarium, als „politischer Arm“ der Arbeiterbewegung den Bruch mit der bürgerlichen *Politikform* herbeizuführen, solange sie sich von der Form her als klassenmäßig organisierte Gegenmacht, vom Inhalt her aber als gemischt proletarisch-technokratische Massensekte präsentiert und in sich das gesamte Arsenal bürgerlichen Etatismus reproduziert (Althusser 1978). Es steht außer Zweifel, daß in der Nachkriegsperiode die KP oftmals Ausdrucksform und Artikulationsforum sozialer Kämpfe gewesen ist; auch die sukzessiven Entstalinisierungsschritte sind unverkennbar (eine „Los von Moskau“-Bewegung, eine „Liberalisierung“ des Parteilebens, eine „Entdogmatisierung“ der Ideologie in der Staats- und Diktaturfrage, die „Öffnung“ auf nichtproletarische Schichten hin, nämlich technische Intelligenz und Katholiken, ein „kulturelles politisches Tauwetter“) – aber es scheint so, als komme gegenwärtig der stalinistische Untergrund der Partei wieder nach oben und bringe den liberalen Putz zum

Abbröckeln, als sei die Desavouierbarkeit der Partei an eine absolute Grenze gestoßen (vgl. Grün/Wittenberg 1977).

Hier stellt sich also ein Kernproblem des Eurokommunismus, das sich in allen westeuropäischen Ländern mit starken KPen auf identisch-unidentische Weise wiederholt: in Italien kann die KP deswegen nicht mehr auf alte Identitäten und Selbstverständnisse pochen, weil sie zur Institution des politischen Systems selbst geworden ist, während diese Probleme in Frankreich schon an der Schwelle zu dieser Institutionalisierung aufbrechen. (Daraus resultiert der oft wiedergegebene Eindruck, die Partei „wolle gar nicht regieren“ o.ä.) Gemeinsam ist beiden Phänomenen der nachhaltige Funktionswandel der kommunistischen Parteien. Sie waren jahrzehntelang reale oder mindestens symbolische Ausdrucksmittel latenter oder offener Revolten, Negationen der herrschenden politischen und gesellschaftlichen Kultur, Kristallisationspunkte sozialer Konflikte. Historisch auf jeweils besondere Weise haben die Linksparteien und dabei besonders die Kommunisten diesen Anspruch sowohl wegen der Eigendynamik ihrer gegenkulturellen, identitätsstiftenden Strategien als auch aufgrund ihres Kontextes im Spätkapitalismus aufgeben müssen (und nicht verraten o.ä.). Der Versuch von Althusser u.a., in der Diktatur-Debatte diesen Prozeß *theoretisch* aufzuhalten und eine orthodoxe Gegenreform der Partei gegen die im XXII. Parteitag offensichtlich gewordene Widerspruchsentwicklung und tendenzielle Auflösung der alten Parteiform in verschiedene, nur rhetorisch kombinierbare Parteipraktiken einzuleiten, bleibt diesem alten Bild von der Partei der „prä-eurokommunistischen“ Phase verpflichtet; auch der gegenwärtige Distanzierungsversuch Althussters wird z.B. von Alain Touraine, einem der führenden Theoretiker der „neuen sozialen Bewegungen“, als ebenfalls noch zu kurz gegriffen kritisiert (Nouvel Observateur 22.5.78).

2. Zum „Scheitern“ der Linksunion

Zur Klärung der Frage nach den Erfolgsbarrieren einer eurokommunistischen Politik in Frankreich und Westeuropa ist ein Rückblick auf die Geschichte der Linken in den letzten zehn Jahren (und darüber hinaus) notwendig. Denn man steht heute vor der *Doppelniederlage des Mai 1968 und des März 1978*. Die Erfahrung des Mai 1968 – der irreversible Geburtsakt (zugleich auch eine Renaissance) eines anderen Verständnisses von Politik und Sozialismus – ist in die Fortentwicklung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken eingeflossen, ohne sich dort organisatorisch und ideologisch wirklich zu verankern. Der allgemeine Niedergang der extremen Linken, die nach dem Bruch der Linksunion vom September 1977 zur eifrigsten Verfechterin des GRP wurde und bei den Wahlen einen relativ hohen Stimmenanteil von enttäuschten Anhängern der Linksunion bekam, belegt dies. Das „Erbe des Mai“ traten paradoxer- und doch notwendigerweise die traditionellen Parteien der Arbeiterbewegung an, auf die sich nach 1972 die Erwartungen eines wirklichen Wandels konzentrierten. Aber eine Wiederannäherung der beiden Pole – 1968 und 1972 – hat seither nicht wirklich stattgefunden, weil es sich bei der Linksunion

um einen Regierungsvertrag zwischen den Parteispitzen handelte, deren „Öffentlichkeit“ hauptsächlich in den ritualisierten Formen bürgerlicher Politik aufging. Der Widerspruch zwischen antiautoritärer Bewegung und Partei wurde nicht wirklich durch eine „Union von unten“ aufgelöst; vielmehr verblieb die Linksunion auf der Ebene professioneller Politik und in einem Feld, in dem die ideologische Hegemonie der Rechten in Frankreich sich als konsistent erwiesen hat: der Ökonomie. Bereits in der Vorphase der Wahlen ist gezeigt worden, daß das GRP (das gerade im außenwirtschaftlichen Bereich zahlreiche Schwachstellen hat) nur unter der Bedingung einer *Politisierung* der Produktionsverhältnisse realisierbar sein wird, nicht aber in der immanenten Logik dieser Produktionsweise selbst (vgl. Kolm 1976 und Granou 1976). Der Ökonomismus der Linksunion wirkte dagegen *entpolitisiertend*, denn es war wenig überzeugend, ein begrenztes linkskeynesianisches Programm aus der Phase der letzten Hochkonjunktur als *das* Mittel einer sozialistischen Transformation zu präsentieren und auch für ein linkes Krisenmanagement nur einen naiven Populismus („französisch einkaufen!“) und eine linke Variante des Wachstumsfetisch anzubieten. Mit der Konzentration auf das GRP hat sich eine Reziprozität des Unvermögens und des Irrtums innerhalb der linken Bewegung ergeben: „die gesamte Linke, ob klassisch-institutionell oder nicht, folgt einer tragischen Zick-Zack-Bewegung: von der Bewegung ohne Programm zum Programm ohne Bewegung ... Beide Strategien, die klassische, frontale Aufstandsbewegung wie die parlamentarisch-juridische, die weitgehend von oben dirigiert, sind gescheitert“ (Chr. Buci-Glucksmann, 1978: 20).

In der litaneiartigen Bekräftigung des GRP als „einziger Lösung“ (für alles) wird der Kontaktverlust zwischen KPF und „Massen“ (Sozialer Bewegung) deutlich: es wäre falsch zu behaupten, das GRP habe seit 1972 *nicht* mobilisierend gewirkt; zu kritisieren ist vielmehr der *Modus* dieser Mobilisierung selbst, der auf sehr traditionelle Weise von der Kraft der *Parole*, des *Kontrakts* (mit Sozialisten und Wählern) und der Selbstdarstellung überzeugt war, erst in zweiter Linie von den realen und widersprüchlichen, von der jeweiligen Parteibasis auch durchaus konträr interpretierten *Kampfbasis* der wiedervereinigten Linksparteien, der gegenüber sich das GRP leicht als selektives Kontrollmittel einsetzen ließ.

Wenn man das GRP kritisiert, dann nicht nur wegen seiner zahlreichen Fehlschlüsse und wegen der Inkompetenz seiner „alternativen Wirtschaftspolitik“, sondern auch wegen seiner *Expertenfixiertheit*. Wie lächerlich waren die Auftritte der jeweiligen brain trusts von KP und Sozialisten, die dem staunenden Volk kundtaten, welche Nationalisierungen und Lohnsteigerungen „die Wirtschaft“ aushalten könne und welche nicht! Hierin weist sich die fehlende Repräsentanz des Spektrums sozialer Bewegungen, die Frankreich in der letzten Dekade erlebt hat und die die Parteien nur über Umarmungsstrategien „inkorporiert“ haben, ohne deren Kern zu begreifen (z.B. die Verbeugungen der KP vor der Selbstverwaltungsformel und deren Degradierung zur „offiziellen“ Ideologie der Sozialisten). Denn was die Existenz dieser sozialen Bewegungen andeutet, war weniger die Krise der bürgerlichen Ökonomie als die Krise der bürgerlichen Gesellschaft. Während die traditionelle Linke – bis auf signifikante Ausnahmen vor allem in der CFDT-Gewerkschaft – letztlich *auch* an der Rekonstruktion der bürgerlichen Ökonomie arbeitete und beispielsweise sehr

konservative Vollbeschäftigungsstrategien entwickelte, zielten die genannten Bewegungen auf die *Rekonstruktion der Gebrauchswertdimension* ab (vgl. dazu Wagner 1976). Indizien dafür waren das Auftreten der Ökologiebewegung, aber auch das Vordringen anti-etatistischer Ideologien, die von sozialistischen Theoretikern manipulativ aufgegriffen wurden (Juillard 1977; Rosanvallon 1977; dagegen Poulantzas 1977). Auch die (hochabstrakte) Debatte, die im Anschluß an Gramsci von Althusser, Buci-Glucksmann u.a. in der KP und völlig an der offiziellen Stamokap-Theorie vorbei um den Charakter der „ideologischen Staatsapparate“ geführt wurde, deutet auf die Bedeutung dieser Bewegung hin, die vom klassischen Politikbegriff (Eroberung der Macht mit *einer* Politik) wegführte und den sogenannten „Reproduktionssektor“ und den Protest gegen die kapitalistische Arbeitsteilung schlechthin in den Vordergrund schob (vgl. dazu ausführlicher Colombel 1975, Buci-Glucksmann 1975 und Bosquet 1973).

Die Konzentration des GRP auf den Staatsapparat, den es zu erobern und zu demokratisieren gilt, hat die Linksunion empfindlich gemacht für die bürgerlichen Gegenstrategien, die sich im März als effektiv erwiesen haben. Denn das erstaunlichste Faktum auf der Ebene der Wahlanalyse war dabei die Wiedergeburt des sozialdemokratisch inspirierten „Zentrums“, des parteienmäßigen Ausdrucks eines staatlichen Reformismus. Dieser Reformismus von oben ist Resultat nicht nur der Existenz einer linken Opposition, die es mit eigenen Waffen zu schlagen gilt, sondern auch der Veränderungen der Klassenkonstellationen der französischen Gesellschaft im Gefolge einer langfristigen Umstrukturierung ihrer ökonomischen Grundlagen und der politischen Krise der bisher herrschenden Klassenallianz. In diesem Prozeß lagen Chancen und letztendliches Scheitern der Linksunion begründet. Denn die Parteien der Rechten und der Linken – forciert durch die im Wahlsystem angelegte Bipolarisierung – konkurrieren um bürgerliche Schichten, die bislang weder im derzeit herrschenden Block aus Finanzbourgeoisie, traditionellem Kleinbürgertum, industrieller und Handelsbourgeoisie und freien Berufsgruppen noch in den Adressatengruppen der traditionellen Linken vertreten waren: das sogenannte „neue Kleinbürgertum“, besonders Angehörige von Angestelltenberufen, technische Intelligenz, Staatsdiener (vgl. dazu ausführlich Granou 1977 und 1978). Für die Fraktion der Finanzbourgeoisie, die in der Nachfolge des Gaullismus, aber über diesen hinausführend eine Modernisierung und Internationalisierung der französischen Ökonomie einleitete und konsequent „Akkumulationsreserven“ in weniger durchkapitalisierten Bereichen, d.h. aber auch in der Domäne des traditionellen Kleinbürgertums, erschloß, und die weiterhin diesen Trend in einer globalen Austeritätspolitik ebenfalls auf Kosten der „rückständigen“ Fraktionen des Bürgertums zu beschleunigen sucht (Barre-Pläne), war das neue Kleinbürgertum bereits zu Anfang der 70er Jahre der gesuchte Allianzpartner, auf den die Reformpolitik Giscard's zugeschnitten war. Hierin liegt die Ursache für den Bruch der „Rechtunion“ zwischen Chiracs Neogaullismus und Giscard/Barres „fortgeschrittener liberaler Gesellschaft“. Die Dynamik der Linksunion hat in den Wahlen nach 1974, als sie noch die „präsidentielle Mehrheit“ repräsentierten, diese Hoffnungen enttäuscht; besonders die Sozialisten, aber auch die KP konnten mit der Programmatik des GRP und der Ausdehnung des

staatlichen Sektors attraktiv erscheinen. Die „expertokratische“ Profilierung beider Linksparteien (und auch die Existenz des linksliberalen Partners) ist dieser Entwicklung geschuldet, genauso wie das Ballastabwerfen bis 1976/77 vonseiten der KP: Diktaturfrage, proeuropäische Haltung, Bekräftigung der Atomstreitmacht usw. Lange Zeit wurde der Realitätsgehalt der giscardistischen reconquista der 1974 ff. abgewanderten Wählergruppen unterschätzt. Aber eine genauere Analyse der Wahlergebnisse von 1978 zeigt deutlich, daß die Wiedererstarkung der Mitte die Schranke der weiteren Expansion der linken Akklamationsbasis ist und bedeutsamer war als die Querelen der Linken, deren Wählerpotential relativ konstant blieb. Der Einbruch vollzog sich bei den sozialistischen Wählern, die im zweiten Wahlgang keine „republikanische Disziplin“ zugunsten des KP-Partners übten, sondern anders als 1976/77 zur UDF Giscard zurückkehrten (Ysmal 1978 b). Die KP behielt ein relativ stabiles Wählerpotential, konnte also in die angepeilten Schichten ebenfalls nicht weiter eindringen.

Diese Veränderung der Klassenstrukturen, die die gesamte französische Nachkriegszeit bestimmt hat und sich gegenwärtig unter den Kriseneffekten noch beschleunigt, ist von den Linksparteien rezipiert und wahltaktisch beantwortet, nicht aber wirklich strategisch integriert worden. Es war klar, daß mit der Verknappung der Ressourcen im Krisenprozeß das ursprüngliche optimistische Projekt einer breiten „antimonopolistischen Front“, die in der Tat nur die obersten Spitzen der französischen Klassengesellschaft ausschloß, von zahlreichen Widersprüchen durchzogen sein mußte. Das führte die Parteien gleichermaßen zur Aufgabe der unitären Strategie und zur Verstärkung der Binnenkonkurrenz innerhalb der Linksunion, die sich konkret in der Zerfaserung der jeweiligen politischen Linie von 1972 in zahlreiche, sich widersprechende „Linien“ auswirkte. Diesen Prozeß möchte ich – bezogen auf die einleitenden Fragestellungen nach den Identitätsproblemen einer „eurokommunistischen“ Partei – bei der KP nachzeichnen.

3. Schwierigkeiten eines französischen „Eurokommunismus“ zwischen Liberalisierung und Restalinisierung

Die Partei machte mit und nach dem 22. Parteitag nach allen Seiten propagandistische Angebote, die sich zu einem diffusen Spektrum aller möglichen Images von der Partei zusammenfügen: zunächst setzte sie ihr auf dem Parteitag deutlich gemachtes liberales „aggiornamento“ fort, indem sie beispielsweise noch deutlicher als zuvor für osteuropäische Dissidenten eintrat und die Sowjetunion immer unverblümt als „Anti-Modell“ eines „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ erscheinen ließ. Weiterhin ließ sie ein breiteres Spektrum von Meinungen und Tendenzen in der Parteipresse zu, die auf eine innere Demokratisierung im Sinne des auf dem 22. Parteitag formulierten Anspruchs schließen ließen. Darüberhinaus öffnete sie sich verbal einem Bereich, den sie noch kurz zuvor als anarcho-syndikalistisch oder linksradikal denunziert hatte, indem sie klassische Forderungen der CFDT nach Selbstverwaltung, Dezentralisierung und Abbau der Arbeitsteilung aufnahm. Diese Haltungen

waren gemünzt auf die bürgerlichen Bestandteile der potentiellen Linksunion-Anhängerschaft, die eher den Sozialisten zuneigten und deren Führungs- und Leitungskompetenzen die KP in den erweiterten staatlichen Sektor, auch auf kommunaler Ebene, einbringen wollte. Auch in der Partei selbst wurde ihnen seit langem in Gestalt von „Expertenmeinungen“ größeres Gewicht beigemessen (s. Laurens/Pfister 1975). Hinter diesem Ansatz verbirgt sich die Aufstiegsofferte in und über die Partei an Angestellte, technische Intelligenz und Leitungspersonal aller Art, dessen Funktion mit einer von der KP anvisierten Reform des französischen Staatsapparates deutlich aufgewertet würde. Auch der industriellen Bourgeoisie gegenüber machte die Partei mit der Andeutung einer „nationalen Union“, d.h. einer protektionistischen Außenpolitik gegen die „atlantische“ Deformation des Gaullismus durch Giscard/Barre und besonders die BRD-Konkurrenz Avancen.

Andererseits führte die Partei einen rigiden *Abgrenzungskampf* gegenüber den Sozialisten, wobei sie sich Praktiken und einer Sprache bediente, die eindeutig an die stalinistische Ära und die Strategie „Klasse gegen Klasse“ zwischen 1928 und 1934 erinnert (vgl. Racine/Bodin 1972 und Pannequin 1977). Damit sollte die Hegemonie als „die“ Partei der Arbeiterklasse wiederhergestellt werden, die mit der Expansion der Sozialisten und ihrem Übergewicht in der Linksunion in Gefahr geraten war. Ganz im Widerspruch zum populistischen und technokratischen Jargon setzte sich hier eine *ouvrieristische Komponente* durch, die sich vulgärtheoretisch auf einen Neuaufbau der Verelendungstheorie stützte. Denn der ab September 1977 eindeutig bevorzugte Hauptadressat der KP waren die – klassentheoretisch nicht weiter definierten – „Armen“, wohinter sich ein Konglomerat von Niedriglohneempfängern, Hauptinflationsschädigten und Arbeitslosen verbirgt. Elleinsteins hat die Verluste der KP in ihren Hochburgen und in den urbanen Zonen, in denen die Arbeiterklasse ein relativ hohes sozioökonomisches und kulturelles Niveau hat, auf diese prononcierte Hervorhebung der „Arbeiter“-Identität der Partei und die Betonung ihres Alleinvertretungsanspruchs zurückgeführt (Elleinstein 1978).

Welche Gründe kann man für diesen Rückzug auf bewährte Bastionen anführen – einen Prozeß, den Claudin als „pathologisch“ bezeichnet hat? (Claudin 1978) Die KP hat bereits in mehreren Phasen ihrer Geschichte den Sozialisten die Unterstützung entzogen, immer dann, wenn diese die halbe Macht besaßen und die bürgerliche Republik in eine politische Krise geraten war. Der Duclos der 50er Jahre, den Pannequin in seinen Erinnerungen zitiert, könnte wörtlich der Marchais von 1978 sein: „Für die Union, wenn wir sie anführen, gegen die Union, wenn sie uns entgleitet.“ Welche Logik soll dahinter stehen, wenn nicht das eigene Reproduktionsinteresse als Partei, als geschlossene Gesellschaft, die von der Differenz zu anderen Parteien und zur bürgerlichen Gesellschaft lebt (und dieser dabei doch so ähnlich werden kann!). Zweifellos waren bei der Entscheidung zum Alleingang auch strategische Momente ausschlaggebend, etwa die „Furcht vor der sozialdemokratischen Dampfwalze“ (Juillard), die unvermindert unter Druck zu stehen schien, oder die Weigerung, angesichts der sich aufdrängenden Schwierigkeiten die Krise zu „managen“ und dabei Konflikte mit den im breiten Bündnis integrierten und den außerhalb stehenden Linkskräften, zu denen keine wirkliche Verbindung gegeben war, zu

provozieren. Aber wichtiger noch war, daß Identität und organisatorische Struktur im Wandlungsprozeß der französischen Gesellschaft selbst stark ins Schwanken gerieten, und beidem folglich der Vorrang vor riskanten Experimenten auf unbekanntem Terrain gegeben wurde. Deswegen grenzte sich die Partei nach allen Seiten ab und bildete eine zweite, fürs Wählerpublikum vorrangige Frontlinie gegenüber der nicht-kommunistischen Linken. Eine geradezu autistische Konfliktneigung überwog somit die durch die Linksunion eingeleitete Dynamik der Wiederherstellung einer einheitlichen Arbeiterbewegung und die Ansätze zu einer „hegemonialen Strategie“ im Sinne Gramscis. Im „eurokommunistischen“ Prozeß mußte sich dieser alte Reflex noch verstärken, weil interne und äußere Identitätsreferenzen durch die Entrussifizierung und die Liberalisierung der gesamten Parteikultur wegfielen. Die Partei hat bislang eigentlich nur die Stufe des Polyzentrismus erreicht; sie vermag auch andere sozialistische Zielvorstellungen zu benennen als den „realen Sozialismus“, aber die Veränderung der Partei, die mal wie ein gut geführtes kapitalistisches Privatunternehmen, mal aber noch wie eine konspirative Großtruppe auftritt, ist noch sehr widersprüchlich. In diesem Widerspruch gedeihen derzeit sowohl das „jugendliche“ Image als auch die noch vielfach internalisierte Zensur- und Kontrollpraxis.

Der Entwicklungsprozeß des PC selbst hatte die alte Konfrontation von Stalinismus und Sozialdemokratie, verkörpert in Thorez und der alten SFIO, obsolet gemacht, Grenzen verwischt, Aktionspielräume und Argumentationsmonopole aufgehoben. Es war aber viel leichter für eine stalinistische als für eine destalinisierte Partei, im Bündnis zu bleiben.

An der Oberfläche präsentierte sich die Partei periodisch seit 1974/75 hart und unversöhnlich und provozierte damit – nach altem stalinistischem Muster – genau jene Verhaltensweisen, die sie zuvor beim Partner/Gegner kritisiert hat. Das ganze war ein in der Vergangenheit immer geglücktes Vabanque-Spiel: genauso wie die Phase der Union weniger dem PC als den Sozialisten Zulauf gebracht hat, hat die Phase des Bruchs den Sozialisten mehr Einbußen verursacht als dem PC. Indessen zeigt ja der Wahlausgang, daß dieses Mal nur der Rückgang der Sozialisten, nicht aber die Stabilisierung der KP gelang, die abgesehen von 1968 ihr schlechtestes Ergebnis seit 1958 erzielte.

(Ohne daß hier auf die ebenfalls von starken Divergenzen bestimmte Entwicklung der Sozialisten seit dem 19. März eingegangen werden kann, soll hier ein Hinweis auf die schwierige Situation des CERES-Flügels gemacht werden. Als Minderheitenfraktion mit der Propagierung und Realisierung der unitären Strategie geradezu der Kern der neuen Sozialistischen Partei von Epinay (1971) wurde der CERES bereits 1974 aus der Parteiführung verdrängt. Heute, mit dem Bruch der Linksunion, deren Scharnier sie war, ist er tendenziell „überflüssig“ in dem Sinn, daß seine objektive Funktion wegen der zentrifugalen Tendenzen in der Linksunion kaum noch gefragt ist. Die Furcht vor dem Rückfall in die Bedeutungslosigkeit wurde deswegen auf dem letzten CERES-Colloquium genauso thematisiert wie die Notwendigkeit, gegenüber „neo-travailleurs“ (sozialdemokratischen) Positionen die Union de la gauche zu beleben und weiterhin gegen die historische Spaltung der französischen Arbeiterbewegung in Sozialdemokratie und Stalinismus anzukämpfen, vgl. Le Monde 27.6.78).

4. Chancen einer „Neuen Linken“ – mit oder gegen die Partei?

Nur unter Einbeziehung dieser „pathologischen“ Struktur ist die vehemente Reaktion Althussers und anderer Beiträge zur schon vor der Niederlage aufgetauchten innerparteilichen Opposition zu verstehen. Natürlich wußten diese Parteimitglieder auch schon vor dem März 1978 vom „Krankheitsbild“ ihrer Partei; daß sie jetzt einen so tiefen Schnitt am Patienten ansetzen, hängt damit zusammen, daß eine *Rekonstruktion der Linken derzeit nur noch über eine radikale Selbstkritik bis hin zur Perspektive der völligen Neuorganisation kommunistischer Kader in formellen und informellen Zusammenhängen neben und außerhalb der Partei für möglich gehalten wird*. Die Thesen Althussers, die weit über die parallele Kritik Elleinsteins hinausgehen, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das *Verhältnis zwischen Parteimitgliedern und Parteiführung* ist so gestaltet, daß die Mitglieder ohne reale Einflußmöglichkeiten auf die Formulierung der „Parteilinie“ waren und als reine Akklamationsbasis gedient haben. Dieser Degradierung auf die Statistenrolle entspricht die Haltung der Kritiklosigkeit gegenüber Entschüssen der Parteiführung und der Theorieverlust der KP.

2. In der Partei herrschen *quasi-militärische Kommandostrukturen* vor, d.h. aber, es werden bürgerliche Formen der Politik in der praktizierten Form des Zentralismus reproduziert und sogar noch verstärkt. Aktionsfeld dieser Struktur ist der vertikale Organisationszusammenhang der Partei, zwischen deren einzelnen Mitgliedern und Zellen keine horizontalen Verbindungen, d.h. aber auch keine demokratische Debatte, Kaderbildung und kollektive Führungsselektion bestehen. Klassisches Beispiel und aktueller Anknüpfungspunkt der innerparteilichen Opposition ist der Versuch der Parteiführung, selbstkritische Reflexionen der Wahlniederlage und des Bruchs der Linksunion durch vorgegebene Parolen abzuwürgen. Der horizontalen Debatte wird die Parteipresse als Plattform entzogen, ihre bloße Existenz wird als „Fraktionsbildung“ gebrandmarkt (vgl. dazu auch J. Rony 1978 und Molina/Vargas 1978). Die aktuelle Konvergenz der verschiedenen oppositionellen Gruppen, die sich derzeit außerhalb der Parteipresse (in „Politique-hebdo“, „Le Monde“, „Le Matin“ usw.) artikulieren, besteht in der Vorbereitung eines baldigen 23. Parteikongresses, dessen Vordiskussion bereits ein demokratischeres Vorgehen praktizieren sollte.

3. Das *Reproduktionsinteresse der Partei* verkörpert sich insbesondere in ihrem Funktionärskörper, dessen Aufstiegsambitionen nur innerhalb bzw. mittels der Parteiarbeit zu realisieren sind, und die von diesem materiellen Interesse her bereits zu harten Vertretern des status quo in der Partei werden müssen. Auch hier entspricht die KP ganz dem Bild bürgerlicher professioneller Politik, dem sie permanent ihre Reverenz erweist.

4. Die *offizielle Ideologie der Partei*, die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (vgl. Boccara 1971 und zur Kritik Valier 1977), ist neben ihren Schwächen in der Erklärung der kapitalistischen Verhältnisse und bei der Fundierung einer sozialistischen Strategie vor allem ein *Herrschaftsmittel*; in kodifizierter Form ist sie das Bindeglied zwischen den verschiedenen Gruppen von Parteimitgliedern und ein separates Aktionsfeld der Parteiiintellektuellen. Gegen den damit verbunde-

nen Verfall der marxistischen Theoriebildung (bzw. ihr gänzlichliches „Verschwinden“ aus der Partei) setzen Althusser u.a. schon seit längerem das Postulat einer Renaissance der Marxschen Theorie; dies ist der eigentliche Inhalt ihrer „Orthodoxie“ in der Diktaturfrage und ihres Insistierens auf einer *marxistischen* Stalinismus-Kritik (zu deren Schwäche vergl. aber Breuer 1977 und Touraine 1978).

Es fragt sich nun, welche Richtung und welches Ausmaß eine innerparteiliche Opposition unter dem Banner dieser Kritik annehmen kann, die bis 1978 eigentlich nur von Vertretern der extremen Linken geäußert worden ist, bzw. die auf eine Stärkung und einen Alleinherrschaftsanspruch der Sozialisten hinauslief (M. Rocard: „Die KP ist eine ganz und gar unnütze Partei!“). In der Vergangenheit sind innerparteiliche Oppositionsströmungen meist auf die in der Partei leicht isolierbaren Intellektuellen beschränkt geblieben und ohne Echo außerhalb der Partei geblieben (vor allem 1939, 1948 ff. und 1956). In Relation dazu sind die oppositionellen Strömungen gegenwärtig sehr viel breiter und effektiver, da sie zwar von Intellektuellen, besonders aus der kommunistischen Studentenorganisation U.E.C. ausgehen, aber nicht auf diese beschränkt bleiben (vgl. die Erklärung von 16 Arbeitern und Parteimitgliedern in *politique-hebdo* 312 vom 22.5.78); da sie ferner die „horizontale Debatte“ bereits institutionalisiert haben (vgl. das „Manifest der 350“ im „Monde“ vom 19. Mai); da sie schließlich Unterstützung außerhalb der Partei sucht und findet (vgl. die Initiative von KP-Mitgliedern mit Vertretern anderer Linksgruppierungen, ein neues Wochenmagazin „Maintenant“ als Diskussionsforum für die Rekonstruktion der Linken aufzubauen, und (seltene) gemeinsame Erklärungen von KP- und PS-Mitgliedern in verschiedenen Regionen).

Die Reaktion der Parteiführung ist dementsprechend hart und konventionell. Die gegenwärtig laufende Debatte bezeichnet sie in gewohnter Manier als von den „bürgerlichen“ Medien (welcher Begriff von „hegemonialer Strategie“ muß hier noch erst gewonnen werden!) gesteuerte „Kampagne-der-Sozialdemokratie-im-Bündnis-mit-der-Großbourgeoisie“ – schon von der Diktion her ein Rückfall in die stalinistische Steinzeit; die wirksamste Karte in diesem Spiel ist wie ehemals die Karte des „Anti-Intellektualismus“, mit der die Isolierung der Wortführer, besonders von Althusser und der U.E.C., betrieben werden soll, die als traditionalistische Abweichler von der Linie des 22. Parteitags gebrandmarkt und mit der sich gleichfalls formierenden altstalinistischen Fronde unter Jeannette Vermeersch-Thorez identifiziert werden.

Zwar wuchern alle Repräsentanten der innerparteilichen Opposition mit dem Pfund ihrer relativ breiten Basis; die Breite und zugleich die Desorientiertheit des Widerstands oder des Unbehagens in den Parteizellen belegt die Analyse von Abeles/Kaisergruber (1978, vgl. auch Heft 23 von „Dialectiques“ mit einem Protokoll einer Zellenversammlung mit Etienne Fajon, einem „Parteifalken“). Aber es scheint zuletzt wieder so, als sei die von der Parteiführung ausgespielte Karte ein Trumpf: das anfängliche Klima des Einverständnisses mit den Kritikern scheint innerhalb der Partei einem doppelten Mechanismus zum Opfer zu fallen, nämlich dem alten Reflex der Einstimmigkeit und der „Solidarität“, der immer gegen die Zweifler gerichtet war, und dem Manöver, kritische Positionen mit formellen Argumenten (z.B. Veröf-

fentlichung außerhalb der Parteipresse) innerparteilich solange zu neutralisieren, bis ihren Vertretern der Atem ausgeht. Wenn jemand die Hoffnung hatte, die innerparteiliche Debatte würde zu Auseinandersetzungen und zum schließlichen Nachgeben des Politbüros und des Parteisekretariats führen, dann ist diese Hoffnung gründlich getäuscht worden: diese sind nicht aus ihrer Verschanzung herausgetreten, sondern sie haben sie verstärkt.

Helene Parmelin, langjähriges KP-Mitglied und bereits 1956 anlässlich der unsäglichen Behandlung des Chruschtschow-Rapports in der KPF in der Opposition, hat als Grund dafür auch die tiefgehende Internalisierung stalinistischer Verhaltensweisen in der Partei angeführt: „Es stimmt, daß wir in einer Art Rückkehr in die schwärzeste Vergangenheit leben. (...) seit dem Chruschtschow-Bericht hat niemand, weder links noch rechts, eine wirkliche Analyse des Stalinismus gemacht. Wenn sich etwas in der Partei tut, dann tut sich etwas, aber mit einer unheimlichen Langsamkeit. Wir haben immer noch den Stalinschen Klotz am Bein. (...) Der Stalinismus bestimmt noch das ganze Parteileben – auch wenn man sich als antistalinistisch versteht ... Die Methoden sind die gleichen geblieben, der Stalinismus ist *in den Sitten* dieser Partei.“ (Nouvel Observateur 10.7.78)

Der Bericht des Politbüro-Mitglieds Poperen vom 19. Juni gibt Aufschluß über die Bewältigung der Krise durch die Parteiführung: In diesem Bericht wird anerkannt, daß es in der Partei eine „außergewöhnliche Debatte“ gegeben habe; deren Teilnehmer werden mit Hinweis auf die Mehrheitsverhältnisse in der Partei zur Normalisierung aufgerufen, d.h. man will die Debatte *intra muros* führen und zur Tagesordnung übergehen. Als Ziele der Partei wird die Erringung von 6 Millionen Wählerstimmen 1981 (Präsidentchaftswahl) und die Ausdehnung der Mitgliederzahl auf 700 000 angegeben – Ausweis dafür, daß es auf der bisherigen Linie mit all ihren Widersprüchen weitergeht und die Erscheinung der Partei weiterhin doppelgesichtig sein wird: Partei der Arbeiterklasse und liberale Volkspartei zugleich.

5. Ausblick: ein „dritter Wahlgang“ von unten?

Einige Kommentatoren haben nach der Wahlniederlage von der Möglichkeit eines „dritten Wahlgangs“ gesprochen – in Form des Aufflackerns sozialer Kämpfe, die seit 1974 praktisch permanent zurückgegangen sind. In diesem Zusammenhang konzentriert sich das Interesse darauf, ob die Wahlniederlage und damit auch die Niederlage einer „Politisierung der Gewerkschaften“ und ihrer totalen Orientierung auf die GRP zu einer Demobilisierung auch im Bereich der sozialen Kämpfe gegen Arbeitslosigkeit und Reallohnverlust in den Betrieben führen wird oder ob sich eine umgekehrte Reaktion ergeben wird, und wie sich die Linksgewerkschaften jeweils verhalten werden. Eine eindeutige Aussage ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum zu treffen, aber es können zwei wesentliche Gesichtspunkte für eine Tendenzbestimmung genannt werden. Erstens: in der CFDT-Gewerkschaft wird mehrheitlich die Position vertreten, die der Vorsitzende E. Maire mehrfach zur Wahlniederlage der Linksunion geäußert hat, wonach die Verpflichtung der Gewerkschaften auf das GRP als *einzige*

Krisenlösung und auf zugehörige politische Parteien (CFDT/PS – CGT/KP) demobilisierend gewirkt habe und die Wiederherstellung der syndikalistischen Autonomie erforderlich sei.

Wenn man so will, kehrt die CFDT mit dieser impliziten Selbstkritik zu den Positionen von 1977, ihrer damals formulierten „Plattform“, zurück, die als Dokument des Unabhängigkeitswillens gegenüber den politischen Parteien gelten kann. Die „politische“ Mobilisierung gegen die Barre-Pläne und gegen die darin enthaltene Austeritäts- und Einkommenspolitik seit 1974 hat in der Tat nicht verhindern können, daß die Reallöhne gefallen und Massenentlassungen vorgenommen worden sind, die wiederum die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse im privaten Sektor auf ein Minimum reduziert haben. Dieses Resümee ist aber zugleich eine implizite Kritik der gesamten Konfliktstrategie der Linksgewerkschaften der letzten Jahre, die im Verhältnis zur kooperativen Strategie anderer westeuropäischer Gewerkschaften unterm Strich tatsächlich wenig eingebracht hat: Arbeitsbedingungen und Lohnniveau sind in Frankreich relativ schlecht bzw. niedrig (Le Monde 1977). Die militante Strategie betrieblicher Langzeitkämpfe hat sich insofern als Sackgasse erwiesen, und – darauf hat zu Recht H. G. Haupt (1978: 10 f.) hingewiesen – war möglicherweise nur Indiz fehlender institutioneller Regelungen.

Die CFDT zieht daraus und aus dem unübersehbaren Zugewinn der kooperativen Gewerkschaften (Force Ouvrière, CFTC, Branchen- und gelbe Gewerkschaften) bei Betriebswahlen der letzten Zeit den Schluß, daß eine Verhandlungsstrategie gegenüber Staat und Unternehmen angebracht und der durch den Legitimationsdruck des Versprechens einer „Politik der sozialen Öffnung“ seitens Giscard/Barre eröffnete Spielraum auszunützen sei – sozusagen ein Reformismus nach Maß, der von einem realistischen Kalkül des aktuellen Kampfpotentials ausgeht. Nach dem Wahlsieg waren Staat und Unternehmen auch zunächst bereit, einige Forderungen des GRP mit kräftigen Abstrichen zu realisieren: Erhöhung des Mindestlohns auf 1800 Francs (= 900 Mark), möglicherweise auch Arbeitszeitverkürzung und andere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Aber selbst dieser schmale Sockel sozialer Maßnahmen droht gegenwärtig einzustürzen und einer Verschärfung der Austeritätspolitik zum Opfer zu fallen. Denn die Wachstumsbasis des französischen Kapitals 1978 war sehr schmal (praktisch stagniert die Produktion seit 1974) und die vom Weltmarkt gesetzten Zwänge nehmen ständig zu: zu nennen ist hier der enorme Konkurrenzdruck im Investitionsgüterbereich, die Dauer-Rezession der Textil-, Schuh-, Schiffs- und Stahlbranchen, und der Verfall der gesamten Konsumgüterbranche (vgl. ausführlicher Rehfeldt und Leithäuser 1978 sowie der letzte Bericht der Unternehmerorganisation CNPF).

Der Spielraum für eine kooperative Gewerkschaftspolitik ist in diesem Rahmen äußerst gering. Punktuell geht deswegen gegenwärtig auch der „soziale Frieden“ zu Ende, der seit 1974 außer in einigen von Schließung bedrohten Unternehmen der Stahl- und Textilbranche herrschte. Dieser zweite, in die Analyse einzubeziehende Faktor wird erhärtet durch das Wiederaufflammen wilder Streiks bei Renault im Mai/Juni 1978, die an die harten sozialen Kämpfe vor 1974 erinnern, in die gerade prosperierende Unternehmen durch die Aktion einer im wesentlichen ausländischen

Schicht gering qualifizierter Schicht- und Bandarbeiter (die O.S. = ouvriers specialises) hineingerieten. Möglicherweise deutet sich damit wieder der Primat von Forderungen bezüglich der Restrukturierung der Arbeitszeit und des Abbaus der kapitalistischen Arbeitsteilung vor Lohnforderungen an (so die Vermutung von M. Bosquet in *Nouvel Observateur* 709 v. 12.6.78 und des CFDT-Sekretärs H. Prevost, *politique-hebdo* 306, 25.3.78). Die CGT-Gewerkschaft, in deren Reihen Kritik an der GRP-Fixiertheit eigentlich vor und nach dem 19. März nur von der PS-nahen Carassus-Gruppe zu hören war, verfolgt im Bezug auf die beiden genannten Bewegungen (Trend zur kooperativen Verhandlungsstrategie und Aufflackern qualitativer Forderungen) eine zur KP-Strategie analoge Haltung: sie profiliert sich verbal als entschiedene Verfechterin der Arbeiterinteressen. Aber es scheint so, als ob dort auch erst das Trauma des 19. März überwunden werden muß.

Literaturhinweise

- Abeles, Marc/David Kaisergruber, 1978, Ce qui se dit dans les cellules, in: Le Monde 21., 22.6.78
- Althusser, Louis, 1978, Ce qui ne peut durer dans le parti communiste, Paris (zuerst in Le Monde 25.-28.4.78), (dt. in: Kritik 18/78)
- Boccaro, Paul, 1971, Le capitalisme monopoliste d'Etat, 2 Bde. Paris (dt. Frankfurt 1972)
- Bosquet, Michel, 1973, Critique du capitalisme quotidien, Paris
- Breuer, Stephan, 1977, Stalinismus-Kritik von links? in: Leviathan 3/1977, S. 378 ff.
- Buci-Glucksmann, Chr., 1975, Gramsci et l'Etat, Paris (dt. Köln 1978)
- 1978 a, L'impossible printemps, in: politique-hebdo 310, 8.5.78
- 1978 b, Critiques de pratiques politiques, Paris
- Claudin, Fernando, 1978, La folie petaphysique, in: polhebdo 306, 25.3.78
- Colombel, Jeannette, 1975, Lip, Larzac, refoyles ..., in: Les Temps Modernes, Nr. 344, S. 1153 ff.
- Debray, Regis, 1978, Le cri des floues, in: Nouvel Observateur 689, 23.1.78
- Elleinstein, Jean, 1978, Du XXII congrès du P.C.F. à l'échec de la gauche, in: Le Monde 15.-17. 4.78 (dt. in Kritik 18/1978)
- Gärtner, Edgar, 1978, Stellungnahmen der französischen Linksparteien zum Ausgang der Parlamentswahlen in Frankreich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4,1977, S. 421 ff.
- Granou, Andre, 1976, Les conditions d'une maîtrise économique de la transition, in: Les Temps Modernes, 365, S. 922 ff.
- 1977, La bourgeoisie financière au pouvoir, Paris
- 1978, Vers quel avenir ..., in: Les Temps Modernes, 378, 941 ff.
- Grün, Heinrich/David Wittenberg, 1977, Die Wahrheit ist ihre Schwäche. Zur Geschichte des PCF, in: Internationalismus-Rundbrief des Sozialistischen Büros 3/77, S. 7 ff.
- Haupt, H.G., 1978, Einleitung zu Leviathan 1/78, S. 6 ff.
- Juillard, Jacques, 1977, Contre la politique professionnelle, Paris
- Koch, Claus, 1978, Einleitung zu Leviathan 1/78
- Kolm, Serge Chr., 1977, La transition socialiste, Paris
- Laurens, Andre/Thierry Pfister, 1973, Les nouveaux communistes, Paris
- Leggiewie, Claus, 1977, Probleme des Gemeinsamen Regierungsprogramms, in: Internationalismus-Rundbrief des Soz. Büros 3/77, S. 25 ff.
- Leithäuser, Gerhard, 1976, Alternative wirtschaftspolitische Konzepte in Frankreich, in: Blätter für dt. und internat. Politik 7/76, 768 ff.
- 1978, Nationalisierungen im Gemeinsamen Regierungsprogramm – eine linksorientierte industriepolitische Alternative? in: Leviathan 1/78, S. 45 ff.
- Le Monde 1977, Le langueur, Paris (Dossiers et Documents)
- Le Monde 1978, Les elections, Paris (Dossiers et Documents)
- Molina/Vargas, 1978, Dialogue à l'intérieur du PCF, Paris
- Pannequin, A., 1978, Adieu, Camarades!, Paris
- Poulantzas, Nicos, 1977, L'état, le pouvoir, le socialisme, Paris
- Racine/Bodin, 1972, Le PCF pendant l'entre-deux-geures. Paris
- Rehfeldt, Udo, 1978, Linker Reformismus in Frankreich, in: Leviathan 1/78, S. 19 ff.
- Rony, Jean, 1978, Trente ans de parti, Paris
- Rosanvallon, Pierre, 1977, Le parti communiste et le capitalisme monopoliste d'Etat, Paris
- Wagner, Wolf, 1976, Verelendungstheorie – die hilflose Kapitalismuskritik, Frankfurt
- Ysmal, Colette, 1978 a und b, Wahlanalysen in politique hebdo 304 und 305, 11. und 18. 3.78